



Inhalt

| | |
|--|---|
| In eigener Sache – LAG Sprecherinnen informieren | 1 |
| Gleichstellung in Sachsen | 2 |
| Gleichstellung auf Bundesebene | 3 |

In eigener Sache – LAG Sprecherinnen informieren

Abberufung Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Chemnitz

Mit der plötzlichen Abberufung der Chemnitzer Gleichstellungsbeauftragten Bettina Bezold am 15. Oktober 2014 verliert das Sprecherinnengremium erneut eine langjährige, engagierte Mitstreiterin. Der Chemnitzer Stadtrat hat 2009 in einer Änderung der Hauptsatzung beschlossen, die Beauftragten entsprechend seines Wahlturnus neu zu besetzen. Die Befristung der Beauftragtentätigkeit ist laut Beschlussvorlage wie folgt begründete: "Die Befristung der Beauftragtentätigkeit ist Ausdruck des Demokratieprinzips und ermöglicht dem Stadtrat eine fachpolitische und personelle Steuerung in den Bereichen, die von den Beauftragten vertreten werden." (Quelle: http://session-bi.stadt-chemnitz.de/vo0050.php?_kvonr=6970917, Beschlussvorlage Nr. B-272/2014).

Die Stelle wurde intern neu ausgeschrieben und neu (niedriger) eingruppiert.

Das Sprecherinnengremium hat das Gleichstellungsreferat des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz gebeten, die Kopplung der Funktion der Gleichstellungsbeauftragten mit der Wahlperiode des Stadtrates überprüfen zu lassen. Gleichzeitig legte es Beschwerde bei der Kommunalen Rechtsaufsicht bei der Landesdirektion ein. Die Abteilung Recht und Kommunales der Landesregierung äußerte im Schreiben vom 22.10.2014 mit Blick auf die auf kommunaler Selbstverwaltung beruhende Organisationshoheit keine Bedenken. Ähnlich sieht es die Rechtsaufsicht in der Landesdirektion Chemnitz.

Wir verlieren mit Bettina Bezold erneut eine engagierte Gleichstellungsbeauftragte aus unseren Reihen und danken ihr herzlich für ihr Engagement und ihren Einsatz im LAG-Sprecherinnengremium. Wir wünschen ihr beruflich und privat alles Gute. Ihrer Nachfolgerin im Kreis der Sprecherinnen ist Sabine Baldauf, GSB Markkleeberg. Wir danken ihr für die Bereitschaft in der LAG als Sprecherin zu arbeiten und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.

Auswertung Fachtag "Sexismus im Alltag"

Unser Fachtag "Sexismus im Alltag" in Chemnitz am 12.11.2014 war gut besucht und konnte mit hochwertigen Fachvorträgen aufwarten. Die Vorträge können aufgrund der Bildrechte nicht auf unserer Homepage hochgeladen werden. Bei Bedarf können die Vorträge bei Annett Schrenk unter 03731 79 93 328 oder annett.schrenk@landkreis-mittelsachsen.de angefragt werden.

Frau Dr. Berit Völzmann von Pinkstinks Germany e. V. machte auch auf den "Zorniger Kaktus" aufmerksam, der seit diesem Jahr gemeinsam mit Terre des Femmes für Sexistische Werbung vergeben wird. Am 25.11.2014 wurde dem Handballklub Die Füchse Berlin der erste Negativpreis verliehen. Ein Bericht über die Preisverleihung und die eingereichten Werbungen ist hier zu finden: <http://www.frauenrechte.de/online/index.php/themen-und-aktionen/frauenfeindliche-werbung/der-zornige-kaktus-2014>

Landeskonzferenz 2015

Unsere nächste Landeskonzferenz findet vom 08./09. Oktober 2015 in Schmochitz, Bischof-Benno-Haus zum Thema "Männer in der Gleichstellung" (Arbeitstitel) statt.

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Sachsens
c/o Landratsamt Görlitz
Bahnhofstraße 24
02826 Görlitz
Tel: 03581 66 39009
E-Mail: info@gleichstellungsbeauftragte-sachsen.de

Gleichstellung in Sachsen

CDU-SPD-Koalition setzt neue Schwerpunkte in der Gleichstellungsarbeit

Die regierungsbildenden Parteien CDU und SPD hat sich am 08.11.2014 auf einen gemeinsamen Koalitionsvertrag geeinigt. Das Papier enthält auch Hinweise auf die Ausgestaltung der Gleichstellungsarbeit für die nächsten fünf Jahre. So will die künftige Koalition auf Wunsch der SPD den Betreuungsschlüssel in Kitas schrittweise auf 1:12 senken. In Kinderkrippen soll er nur noch 1:5 betragen. Das Landeserziehungsgeld erhalten künftig alle Eltern für das dritte Kind unabhängig vom Einkommen. Am 13.11.2014 wurde die neu besetzte Sächsische Regierung bekannt gegeben. Von zehn Staatsministerposten sind vier von Frauen besetzt. Die neue Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz ist Barbara Klepsch (CDU), die davor in Annaberg-Buchholz als Oberbürgermeisterin tätig war. In ihrem Ressort ist die neu ernannte Staatsministerin für Gleichstellung und Integration -Petra Köpping – tätig. Frau Köpping war von 2001 bis 2008 als Landrätin des Landkreises Leipziger Land tätig. Portraits der neuen Staatsminister und -ministerinnen sowie der Koalitionsvertrag ist zu finden unter:

<http://www.sachsen.de/neuregierung2014.jsp>

Neue Gleichstellungsbeauftragte der Evangelischen Hochschule Dresden

Am 22.09.2014 trat die promovierte Verwaltungsrechtswissenschaftlerin Dr. Simone Janssen ihr Amt als neue Gleichstellungsbeauftragte der Evangelische Hochschule Dresden (ehs) an. Ihre Vorgängerin Uta Heinrich-Barth, Leiterin des Internationalen Büros sowie Ausländerbeauftragte der ehs, hatte das Amt seit 2006 inne.

Evangelische Hochschule Dresden (ehs)
Gleichstellungsbeauftragte Dr. Simone Janssen
Dürerstraße 25
01307 Dresden
Tel: 0351 46 90 246
E-Mail: simone.janssen@ehs-dresden.de

Ausschreibung Katharina-von-Bora-Preis 2015

Die Stadt Torgau schreibt erneut bundesweit den Katharina-von-Bora-Preis aus. Bis zum 20.02.2015 können Frauen – unabhängig von Religionszugehörigkeit oder Konfession – von einer anderen Person vorgeschlagen werden. Vorgeschlagen werden kann jede Frau, die sich in besonderer Weise für ein konkretes gemeinnütziges Projekt engagiert. Im Themenjahr der Lutherdekade „Bild & Bibel“ liegt der Fokus des Katharina-von-Bora-Preises auf künstlerisch-kreativen und medial-vermittelnden Projekten. Die Auszeichnung ist mit der Vergabe des Titels „Katharina-Botschafterin“ verbunden und mit 3.000 € dotiert, die dem Projekt zugutekommen. Außerdem werden weitere Anerkennungspreise vergeben. Die feierliche Preisverleihung findet zum 6. Katharina-Tag am 4. Juli 2015 in Torgau statt. Die Bewerbungsunterlagen sowie detaillierte Informationen zum Preis und zu den Teilnahmebedingungen bietet die Website

www.katharintag.de.

Stadt Torgau
 Referat Kultur & Tourismus
 Pia Schilberg
 Markt 1
 04860 Torgau
 Tel: 03421 - 748 312
 Fax: 03421 - 748 337
 p.schilberg@torgau.de

Seminar "Zickenalarm?! - Umgang mit Konflikten und Mobbing"

Vom 02.-03.02.2015 wird von der Landesarbeitsgemeinschaft "Mädchen und junge Frauen in Sachsen" e.V. - Fachstelle für Mädchenarbeit und Genderkompetenz" ein Seminar im Stadtteilhaus Dresden-äußere Neustadt angeboten, in dem für Pädagog_innen in der Kinder- und Jugendhilfe mehr Sicherheit und Handlungskompetenz mit verschiedenen Verhaltensweisen von Mädchen bei interpersonalen Konflikten untereinander und in der pädagogischen Beziehung erwerben können. In dem praxisorientierten Seminar werden Rollenspiele und Erprobung von Methoden angewandt. Am 2. Tag findet ein Selbstbehauptungs- und Deeskalationstraining mit einer ausgebildeten WenDo-Trainerin statt. Das 2-tägige Seminar kostet 85 Euro (Getränke sind inklusive). Anmeldeschluss ist der 30. April 2015.01.2015.

Näheres unter: http://www.maedchenarbeit-sachsen.de/veranstaltungen/9/1536236/2014/05/19/seminar_zickenalarm_-_umgang_mit_konflikten_und_mobbing_.html.

Kontakt
 Fachstelle für Mädchenarbeit und Genderkompetenz der
 Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen und junge Frauen in Sachsen e.V.
 Katja Demnitz und Anny Matthes
 Bautzner Straße 22 HH
 01099 Dresden

Tel: 0351-8888790
 E-Mail: post@maedchenarbeit-sachsen.de
www.maedchenarbeit-sachsen.de

Gleichstellung auf Bundesebene

Die Frauenquote ist beschlossen

Die Frauenquote wurde im November 2014 im Bundestag beschlossen. Dabei wurde der Beschluss mit der Diskussion medienwirksam begleitet, ob Frauen als Führungspersonen weinerlich oder belastend für die Wirtschaft sind. Die Quote ist zwar nur für 108 börsennotierte und mitbestimmungspflichtige Unternehmen ab 2016 verbindlich, doch sie ist ein kleiner Schritt in Richtung Gleichberechtigung. 3.500 Unternehmen die börsennotierte oder mitbestimmungspflichtig sind, erhalten den Auftrag sich selbst Ziele zur Erhöhung des Frauenanteils ihrer Führungsetagen zu setzen, müssen ab 2017 lediglich Auskunft darüber halten, ob sie dieses Ziel erreicht haben. In einem offenen Brief an die Bundeskanzlerin befürworten die zehn Spitzenfrauen-Verbände den Gesetzesentwurf. Siehe dazu auch: <http://www.dgap-medientreff.de/news/wirtschaft/gemeinsame-presseinformation-offener-brief-spitzenfrauen-verbände-setzen-auf-klare-zusage-der-kanzlerin-gesetz-fur-chancengleichheit-in-der-wirtschaft-muss-jetzt-auf-den-weg-517893/>

Frauen-Anteil in der Regierung: Da geht noch was

Die aktuelle Studie „Frauen - Macht - Regierung“ der Unternehmens- und Personalberatung Kienbaum kommt zu dem Ergebnis, dass mit 32 Prozent der Frauenanteil in Führungspositionen der Bundesregierung zwar so hoch wie nie ist, dennoch sind Frauen in der obersten Führungsriege der Bundesregierung weiterhin unterrepräsentiert. In sieben Ministerien und dem Bundespresseamt fehlen Frauen auf der Führungsebene keine einzige Frau. Auch auf der Abteilungs- und Unterabteilungsebene liegt der Frauenanteil noch immer niedriger als in entsprechenden Führungsetagen der Wirtschaft. Übrigens steigt die Wahrscheinlichkeit für einen höheren Frauenanteil in den oberen Führungsebenen in der Bundesregierung, wenn das Ressort von einer Frau geführt wird. Näheres zu der Studie unter:

http://www.kienbaum.de/desktopdefault.aspx/tabid-83/154_read-1260/153_read-237/

Jedes 10. Rathaus mit einer Bürgermeisterinnen besetzt

Die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) hat in einer aktuellen Studie festgestellt, dass nur jede 10. Kommune von einer Frau geführt wird. Als Hauptgrund wurde die Vereinbarkeit von Familie und den Anforderungen einer kommunalpolitischen Führungsposition genannt. Laut EAF-Studie ist fast die Hälfte der hauptamtlichen Bürgermeister_innen nach eigenen Angaben 50 bis 60 Stunden pro Woche tätig, knapp ein Drittel bis zu 70 Stunden und 12 Prozent bis zu 80 Stunden. Das Amt der Bürgermeisterinnen wird somit von überwiegend von Frauen besetzt, deren Kinder älter als 16 Jahre sind. Das klassische Ernährermodell kommt auch hier wieder einmal den Bürgermeistern zu Gute, während Bürgermeisterinnen meist in Doppelkarrieremodell tätig sind. Die Studie ist einsehbar unter: <http://frauen-macht-politik.de/helene-weber-kolleg/studien/frauen-fuehren-kommunen.html>

Zu einem ähnlichen Schluss kommt die Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Schwerpunkt "Gender Matters. Damenwahl. Geschlecht und Wahlen". So stieg bei der letzten Europawahl der Frauenanteil nur um 1,25 Prozent. In diesem Tempo bräuchte die EU noch 52 Jahre bis eine Geschlechterparität im EU-Parlament erreicht wäre. Und auch auf Länderebene sind Frauen in den Parlamenten unterrepräsentiert. Der Infobrief beleuchtet die Wirksamkeit der Quote als Instrument zur Erhöhung des Frauenanteils in der Politik, aber auch den notwendigen Kulturwandel zur Vereinbarkeit von familiären Pflichten und politischen Amt. Der Infobrief ist abrufbar unter: <http://www.fes.de/gender/infobrief/>

Workshop-Reihe Mehr Frauen in die Kommunalpolitik

Mit dem Projekt lädt der Deutsche Frauenring e.V. "Kommunal aktiv - Frauen in die Politik" Frauen, die daran interessiert sind politisch aktiv zu werden, zu einer Workshop-Reihe ein, über die Wissen über politische Strukturen und Gestaltungsmöglichkeiten vermittelt und notwendige Kompetenzen erarbeitet und trainiert werden sollen. Das Projekt wird durch die Europäische Akademie Berlin unterstützt und vom BMFSJF gefördert. Die Kosten betragen 50 EUR je Workshop (120 € mit Übernachtung und Verpflegung). Die Termine sind zu finden unter:

<http://www.frauenkommunalaktiv.de/>

Wir laden Sie ein, sich auf diesen Seiten über alle Details zu informieren und zur Klärung weiterer Fragen mit der Bundesgeschäftsstelle des telefonisch Kontakt aufzunehmen.



Oder gleich anmelden:

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Selfi-Aktion „Gewalt gegen Frauen verletzt uns alle“

Um das bundesweiten Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen bekannter zu machen, startete das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) am 25.11.2014 die Mitmach-Aktion "Gewalt gegen Frauen verletzt uns alle". Die Aktion lädt dazu ein, mit eigenem Foto und eigener Botschaft in den unterschiedlichen sozialen Netzen auf das Hilfetelefon aufmerksam zu machen und kann im Internet unter <http://www.aktion.hilfetelefon.de/> veröffentlicht werden. Unter der Nummer 08000 116 016 und per Onlineberatung unter www.hilfetelefon.de ist eine vertrauliche, kostenfreie Beratung gegen Gewalt in 15 Sprachen möglich. Näheres zur Aktion, sowie eine Anleitung unter: <https://www.hilfetelefon.de/aktuelles/anlaesslich-des-internationalen-tages-zur-beseitigung-von-gewalt-gegen-frauen-ruft-bundesministerin-schwesig-mit-der-selfie-aktion-zur-bekanntmachung-des-hilfetelefons-auf.html>

Einrichtungen zum Frauenschutz sind unzureichend

Die Zentrale Informationsstelle Autonomer Frauenhäuser (ZIF) hat zum nicht-öffentlichen Fachgespräch des Bundestag-Familienausschusses am 10.11.2014 zur Situation der Frauenhäuser auf Überfüllung, bürokratische Hürden und mangelnde räumliche und personelle Ausstattung hingewiesen. Die von der Task Force des Europarates empfohlene Quote von einem Frauenhausplatz pro 7.500 Einwohner_innen wird in Deutschland nicht erreicht. 90 Prozent der Schutzeinrichtungen sind darüber hinaus nicht oder nur eingeschränkt barrierefrei. Die Stellungnahme ist auf der Website des Deutschen Frauenrates einsehbar:

<http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/zif-schutzauftrag-laesst-sich-nur-unzureichend-erfuellen.html>

Initiative gegen Cybermobbing

Unter dem Titel „Dann geh' doch nicht ins Internet“ fand am 27.11.2014 eine von der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BAG) organisierte Netzwerktagung statt, die gesetzliche Schritte gegen virtuelle Angriffe auf frauenpolitische und feministische Akteurinnen fordern. Frauen und Männer, die sich zu gleichstellungspolitischen Anliegen im Netz äußern sind teilweise Shitstorms, Beleidigungen bis zu Androhungen von körperlicher und sexueller Gewalt ausgesetzt, die nach der jetzigen Rechtslage nicht geahndet werden können. Die Forderungen der Netzwerktagung sind unter folgender Abschlusserklärung formuliert:

<http://www.frauenbeauftragte.de/pressemitteilungen-und-stellungnahmen-2014/>

Armutsgefährdung für Frauen weiterhin hoch

Laut Erhebung *Leben in Europa* (EU-SILC) des Statistischen Bundesamtes (Destatis) liegt das Armutsrisiko von Frauen nach wie vor höher als das von Männern. Der Anteil armutsgefährdeter Menschen in Deutschland beträgt 2013 rund 13 Millionen Menschen und betrifft damit 16,1 Prozent der Bevölkerung. Als armutsgefährdet gilt, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt, dabei lag der Schwellenwert zur Armutsgefährdung 2013 für eine alleinlebende Person in Deutschland bei monatlich 979 Euro. Insbesondere Frauen über 65 Jahre haben mit 17 % im Vergleich zu Männern der gleichen Altersklasse (12,7 %) ein besonders hohes Armutsgefährdungsrisiko. Noch schlimmer betroffen sind die Haushalte von Alleinerziehenden, mehr als ein Drittel (35,2 Prozent) der Alleinerziehenden sind von Armut betroffen.

Quelle:

<http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/armutsrisiko-von-frauen-in-deutschland-unveraendert.html>
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingun->

gen/LebensbedingungenArmutsgefaehrdung/Aktuell_Hauptindikatoren_SILC.html;jsessionid=342B97212A86263FEF45581ECB4E264A.cae1

Höheres Depressionsrisiko für Frauen in Männerberufen

Laut gemeinsamer Studie des Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und der Universitäten Ulm und Wuppertal konnte nachgewiesen werden, dass das Risiko von Frauen arbeitsbedingt an einer Depression zu leiden höher ist, wenn sie als Minderheiten in einer von Männern dominierten nachgehen. Die erhöhte Beobachtung, der Drang sich ständig beweisen zu müssen, sowie Mobbing und soziale Isolation führen zu Stress, die das psychische Wohlbefinden mindern.

Die Situation von Männern in Frauenberufen ist dem nicht gleichzusetzen.

Männer hingegen profitierten oft von ihrem Minderheitenstatus, da ihnen gemäß gängigen Geschlechterklischees mehr Autorität und Führungsstärke zugetraut wird. Die Ergebnisse beruhen auf einer Befragung aus 2011 von über 5.200 abhängig Beschäftigten der Jahrgänge 1959 und 1965. Für die geschlechtsspezifische Beschäftigung wurden Berufe betrachtet, deren Anteil an männlichen oder weiblichen Beschäftigten mindestens 80 Prozent beträgt. Der Artikel ist in der Impuls Ausgabe 17/2014 der Hans-Böckler-Stiftung unter:

http://boeckler.de/51698_51709.htm nachzulesen.

Stellungnahme des Frauenrates zum geplanten Präventionsgesetz

Der Deutsche Frauenrat hat eine Stellungnahme zum Entwurf des "Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention" verfasst. Darin sollen zwar erstmals die gesetzlichen Krankenversicherungen verpflichtet werden, geschlechtsspezifische Unterschiede bei ihren Leistungen zu berücksichtigen. Eine Konkretisierung durch Alters- und lebenslagenspezifische Unterschiede werden dabei aber nicht berücksichtigt. Auch eine verpflichtende Erhebung geschlechtsdifferenzierte Daten sowie eine geschlechtsparitätische Besetzung der neu einzurichtenden Gremien zur Umsetzung des Gesetzes fehlen. Näheres unter:

<http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/df-alters-und-lebenslagenspezifische-unterschiede-bleiben-bei-kassenleistungen-unberuecksichtigt.html>

ElterngeldPlus beschlossen

Der Bundestag hat am 07.11.2014 das Gesetz zum ElterngeldPlus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit verabschiedet. Mit den bereits im Newsletter von Juli-August vorgestellten Neuregelungen soll es für Mütter und Väter künftig einfacher werden, Elterngeldbezug und Teilzeitarbeit miteinander zu kombinieren. Künftig können Eltern, die in Teilzeit arbeiten, möglich, aus einem Elterngeldmonat zwei ElterngeldPlus-Monaten umwandeln. Durch den ergänzenden Partnerschaftsbonus erhalten Eltern für mindestens vier Monate Teilzeit weitere vier Monate ElterngeldPlus. Alleinerziehende profitieren von einem steuerlichen Entlastungsbetrag nach § 24b EStG. Das neue Gesetz zum ElterngeldPlus tritt zum 01.01.2015 in Kraft und gilt für Geburten ab dem 01.07.2015.

Frauen machen sich nach Familienpause eher selbstständig

Laut einer Studie des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) in Bonn gründen Frauen nach einer familiären Auszeit eher eine Existenz. Aus Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) machten sich etwa 17 % der befragten Studienteilnehmerinnen mindestens einmal in ihrem Leben selbstständig. Als Gründe werden neben einer individuelleren Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die Schwierigkeiten genannt, wieder in ihren alten Beruf zurückkehren zu können. Je länger sie aus ihrem Job ausgeschieden sind, umso häufiger gründen Frauen.

Quelle: <http://www.lvz-online.de/ratgeber/karriere/frauen-machen-sich-nach-familienpause-eher-selbststaendig/r-karriere-b-500592.html>

Minijobs bei Frauen weiter im Trend

2013 übten 7,65 Millionen Menschen in Deutschland einen Minijob aus. Die Zahl der Minijobs erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr demnach um 77.000. Der Anteil an Frauen beträgt dabei 61 Prozent. Etwa ein Drittel der Minijobs werden als Nebentätigkeit ausgeübt. Das ergab die Antwort des Staatssekretärs im Bundesarbeitsministerium, Jörg Asmussen, auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion. Für die im Koalitionsvertrag festgelegten Ziele, die Übergänge aus geringfügiger in reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu erleichtern und dafür zu sorgen, dass MinijobberInnen besser über ihre Rechte informiert werden, liegen noch keine konkreten Festlegungen vor. Die Drucksache ist abrufbar unter:

dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/029/1802949.pdf

Auf Antrag des Landes Niedersachsen hat die Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister (GFMK) am 01.10.2014 die Bundesregierung aufgefordert, Minijobs dort zu beseitigen, wo sie reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verhindern. Mit Verweis auf die Empfehlung der EU-Kommission sollen fiskalische Fehlanreize in Deutschland insbesondere für Zweitverdiener_innen abgebaut werden müssen. Quelle:

<http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/-76d54ed0f3.html>

Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

Der Deutsche Bundestag hat am 04.12.2014 den Gesetzentwurf zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf verabschiedet und damit das Pflegezeitgesetzes und das Familienpflegezeitgesetzes weiterentwickelt und tritt 2015 in Kraft. Pflegenden Angehörige werden dadurch spürbar entlastet. In Deutschland werden derzeit 1,85 Millionen Menschen zu Hause gepflegt -zwei Drittel davon ausschließlich durch Angehörige. Laut Schätzungen des BMFSF sind 400.000 der Pflegenden berufstätig. Im Rahmen des Gesetzes können Beschäftigte nun eine 10-tägige Auszeit im Akut-Fall mit Lohnersatzleistung in Anspruch nehmen, um kurzfristig bei einer neuen Pflegesituation die notwendigen organisatorischen Maßnahmen treffen zu können. Die vollständige oder teilweise sechsmonatige Freistellung wird künftig durch einen Anspruch auf Förderung durch ein zinsloses Darlehen ergänzt, dass die Hälfte des durch die Arbeitszeitreduzierung fehlenden Nettogehalts abfedert. Des Weiteren wird ein Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit von bis zu 24 Monaten bei einer verbleibenden Mindestarbeitszeit von 15 Wochenstunden für Beschäftigte pflegebedürftigen nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung eingeführt. Dabei kritisiert der Deutsche Frauenrat, dass ArbeitnehmerInnen in Betrieben unter 25 Beschäftigten vom gesetzlichen Anspruch auf Arbeitszeitverkürzungen für Familienpflege ausgeschlossen werden. Der Begriff der nahen Angehörigen wird dabei um Stiefeltern, Schwäger/innen, lebenspartnerschaftsähnliche Gemeinschaften erweitert. Weitere Informationen unter www.bmfsfj.de

<http://www.frauenrat.de/deutsch/presse/pressemeldungen/pressemeldung/article/wesentliche-verbesserungen-fuer-pflegende-angehoerige.html>

Geburtenrate in Deutschland unverändert

Die Geburtenrate betrug 2012 1,40 Kinder pro Frau und ist in 2013 lediglich auf 1,41 Kinder gestiegen. Sie erreicht damit den höchsten Wert seit 23 Jahren. Im Durchschnitt waren Erstgebärende 29 Jahre alt und bei knapp der Hälfte (49 Prozent) der Neugeborenen handelte es sich um das erste Kind. Bei 34 Prozent handelt es sich um das Zweitgeborene und bei elf Prozent um das Drittgeborene im Leben der Mutter. In Sachsen kamen 2013 34.800 Babys auf die Welt. Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung geht davon aus, dass mit der derzeitigen Geburtenrate nach 2020 die Anzahl die Geburtenzahlen sinken, da der Anteil an Frauen zwischen 26 und 35 Jahren abnimmt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Freie Presse vom 09.12.2014

Mütterrente benachteiligt ostdeutsche Frauen

Frauen, die während den zwei für die Mütterrente anrechenbaren Jahren Kindererziehungszeit schon wieder in den Beruf eingestiegen sind, müssen mit Kürzungen rechnen. Des Weiteren mindert eine vorzeitige Rente sowie die Witwenrente die Entgeltpunkte für die Kindererziehung. Frauen, die zu DDR-Zeiten Beiträge zur Freiwilligen Zusatzrente bezahlt haben, bekommen ebenfalls die Mütterrente nicht voll angerechnet. Nach Angabe des Dresdner Rentenberaters Christian Lindner betrifft dies 80 Prozent der anspruchsberechtigten Frauen in Ostdeutschland. Der Artikel ist in der Freien Presse vom 08.12.2014 erschienen und online nachzulesen unter: <http://www.freiepresse.de/RATGEBER/FINANZEN/Die-Muetterrente-ist-eine-Mogelpackung-artikel9057342.php>

Gründung Dachverband der Migrantinnenorganisationen DaMigra

Am 27. und 28.09. 2014 fand in Köln die Gründerinnenkonferenz des Dachverbandes der Migrantinnenorganisationen DaMigra statt. Das bundesweite Netzwerk wird Anliegen von Migrantinnen vertreten und setzt sich herkunftsunabhängig für die politische, rechtliche und soziale Gleichberechtigung von Migrantinnen in Deutschland ein. Die Organisation wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Bundesministeriums des Inneren gefördert.

Näheres unter: <http://www.damigra.de/>

Gleichstellung in Europa zur Hälfte erreicht

Der vom Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) 2013 eingeführte Gleichstellungsindex wurde veröffentlicht. Der Indikator wurde entwickelt um die vielschichtige Realität der Gleichstellung von Männern und Frauen auf den politischen Rahmen der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten abzustimmen. Der Durchschnittswert für die Europäische Union beträgt 54,0 (wobei der Wert „1“ auf das Fehlen jeglicher Geschlechtergleichstellung hinweist und „100“ für die völlige Gleichstellung der Geschlechter steht). Deutschland erreicht einen Index von 51,6, während die Gleichstellung in Nordeuropa am höchsten ist (Schweden 74,3, Finnland 73,4 und Dänemark 73,6) und in Süd- und Osteuropa am niedrigsten ist (Schlusslichter Rumänien 35,3 und Bulgarien 37,0). Bewertet wurden die Kriterien Arbeit, Geld, Wissen, Zeit, Macht und Gesundheit. Da den Bereich „Gewalt“ werden keinerlei vergleichbare Daten erhoben werden konnten, sind die Mitgliedstaaten aufgefordert künftig Daten zur Unterstützung der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt zu erheben. Die wichtigsten Ergebnisse sind abrufbar unter: <http://eige.europa.eu/de/content/document/gender-equality-index-main-findings>

Publikation Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie

Das Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung hat in der im September 2014 herausgegebenen Publikation "Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie" Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse herausgegeben. Die Publikation kann kostenlos bestellt werden (Versandkosten fallen an) und einsehbar als pdf und E-Book unter:

<http://www.boell.de/de/content/gender-wissenschaftlichkeit-und-ideologie>

Internationale Filmindustrie setzt auf sexualisierte Frauen

Mit der Studie „Gender Bias without Borders“ wurden die weiblichen Rollen in erfolgreichen Kinofilme in den elf wichtigsten Filmnationen ausgewertet. Die vom „Geena Davis Institute on Gender in Media“ in Auftrag gegebene Analyse und von der UN Women und der Rockefeller Stiftung unterstützte Untersuchung bestätigt eine tief verankerte Diskriminierung und Stereotypisierung von Frauen und Mädchen im Unterhaltungsfilm. Weniger als ein Drittel der Sprechrollen sind weiblich besetzt. Während das Männerbild aktiv und erfolgreich besetzt ist, treten Frauen eher auf ihre optischen Reize reduziert auf. Auch die Produktion der Filme sind in männlicher Hand, der Frauenanteil der Regisseur_innen beträgt nur 7 Prozent, 19,7 Prozent

der Drehbücher werden von Frauen geschrieben und 22,7 Prozent der Filme werden von Frauen produziert, wobei die von Frauen gemachten Filme für die Zielgruppe Frauen und Mädchen erreichen. Filmrollen von Frauen in Führungspositionen sind mit 13,9 Prozent und 9,5 Prozent der bedeutenden Politiker_innen deutlich unterrepräsentiert. Das gilt auch für prestigeträchtige Berufe. Zehn untersuchte deutsche Filme fielen mit einem besonders hohen Anteil an leichtbekleideten bzw. nackten Frauen auf. Quelle:

<http://www.frauenrat.de/deutsch/infopool/nachrichten/informationdetail/article/asymmetrische-geschlechterverhaeltnisse-auf-der-internationalen-leinwand.html>

Impressum:

Herausgeberin:

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten Sachsens

c/o Landratsamt Görlitz

Bahnhofstraße 24

02826 Görlitz

Tel: 03581 66 39 009

E-Mail: info@gleichstellungsbeauftragte-sachsen.de

Verantw. Redakteurin i. S. d. P.

Annett Schrenk

Tel: 03731 79 93 328

E-Mail: annett.schrenk@landkreis-mittelsachsen.de

Katrin Pilz (in Elternzeit)

Tel: 03731 4441059

E-Mail: pilz.gsb@gmail.com